

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das stimmt!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit? – Danke schön.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das Wort hat der Kollege Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Der Bayerische Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt, seine erste Auslandsreise nicht etwa in Tel Aviv oder bei uns in der Nachbarschaft, in Prag, London oder Paris, durchzuführen, sondern in Afrika. Die Überraschung war groß, auch der Applaus.

Dann kam die Ernüchterung: Addis Abeba, Äthiopien. Warum eigentlich gerade dorthin? – Dieses Ziel knüpfte nicht an die bisherige Entwicklungszusammenarbeit des Freistaates Bayern an. Die Schwerpunktländer waren eigentlich Südafrika, Tunesien, Nordirak, Libanon und Senegal. Vom Nordirak und von Libanon ist in Ihrer Strategie heute keine Rede mehr. Es handelt sich offenbar um einen Flickenteppich der Zusammenarbeit. Es stellte sich schnell heraus, dass es sich offenbar um die übliche Selfie-Strategie des Ministerpräsidenten handelte und nicht um eine politische Strategie, eine echte Zusammenarbeit aufzusatteln: Zuerst das Foto, und dann dürfen sich die anderen Monate später Gedanken machen, wie man das politisch in die richtigen Bahnen lenkt.

(Beifall bei der SPD)

Heute nun sagt die CSU, dass sie die bayerische Außenpolitik neu definieren möchte. Ein großes Wort, ungeachtet der föderalen Zuständigkeiten, die wir ein wenig differenzierter betrachten. Vielleicht kann man die Messlatte ein bisschen niedriger legen, angesichts der etwa 12 Millionen Euro, um die es hier geht, bei einem Haushalt von 60 Milliarden. Ich will das aber nicht kleinreden, sondern mich mit der Sache ernsthaft auseinandersetzen.

Es gibt tatsächlich große Chancen auch für Bayern in der Zusammenarbeit mit Afrika. Dass die Chancen jetzt in Europa immer mehr erkannt werden, ist längst überfällig.

Chance Nummer eins für Afrika ist der große Rohstoff- und Ressourcenreichtum. Wenn es den Afrikanern gelingt, diese Rohstoffe künftig auch industriell zu veredeln, dann wird daraus der notwendige Wohlstand, dann werden daraus auch entsprechende Arbeitsplätze entstehen.

Chance Nummer zwei: Die Bevölkerung in Afrika ist so jung wie auf keinem anderen Kontinent. Jeder zweite Afrikaner ist jünger als 18. Das Bevölkerungswachstum ist beachtlich. 2050 wird die Bevölkerung des afrikanischen Kontinents 25 % der Bevölkerung weltweit ausmachen, 25 % gegenüber 5 % Europäern, das Fünffache. Das zeigt das enorme Potenzial, das dieser Kontinent hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Nummer drei: Bei der Rechtsstaatlichkeit und bei der Demokratie ist Afrika gewaltig vorangekommen. 55 Staaten der Afrikanischen Union haben sich für ein politisches Modell entschieden, das auf den Werten der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit fußt. Im Human Development Index der Vereinten Nationen stehen Mauritius und Antigua mittlerweile vor Serbien und Albanien. Im Korruptionsindex ist Botswana besser platziert als Polen, Tschechien, Lettland

und Slowenien, und im Governance Index der Bertelsmann Stiftung steht Südafrika vor Mazedonien und Bosnien-Herzegowina.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

All das macht deutlich: Die Potenziale sind groß. Deshalb muss die Entwicklungszusammenarbeit von uns Bayern an vier Punkten ansetzen.

Punkt eins, Bildung. Ich schlage die Bildung eines bayerischen Gemeinschaftswerks der bayerischen Wirtschaft in Kooperation mit der Bayerischen Staatsregierung für die Förderung der Berufsausbildung in Afrika vor. Damit können wir ein deutliches Zeichen setzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten auch den jungen Leuten die Möglichkeit geben, für eine Zeit zu uns nach Bayern zu kommen, um hier zu lernen, zu studieren, zu forschen und damit diese Expertise in Afrika einzubringen.

Punkt zwei, die Wirtschaft: Herr Steiner, Sie haben völlig recht, es ist höchste Zeit, dass wir Bayern und Deutschen das enorme Potenzial erkennen. Wir hinken hinter den Brasilianern, den Indern, den Chinesen und den Russen auf dem afrikanischen Kontinent mit unseren Investitionen deutlich her. Es gibt sehr viel zu tun. Es ist aber auch das Einsehen notwendig, dass unsere europäische Agrar-, Industrie und Handelspolitik überprüft werden muss, weil diese zuletzt häufig zulasten des afrikanischen Kontinents ging. Unser Ziel muss es aber sein, dort nachhaltig Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Ein dritter Punkt ist mir zum Abschluss wichtig: Gute Afrikapolitik beginnt bei uns in Bayern. Deshalb braucht es hier die Zusammenarbeit mit den Eine Welt Netzwerken, insbesondere mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e. V. unter der Führung von Dr. Alexander Fonari. Es geht auch darum, unsere kulturelle Arroganz abzubauen und im Übrigen viel über uns Europäer selbst zu erfahren in einer globalisierten Welt, die von wechselseitigen Interdependenzen, auch mit unseren afrikanischen Nachbarn, lebt.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Franz Bergmüller (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Vorher ist kritisiert worden, dass hier ein Bundesthema diskutiert worden ist. Ja, es ist eigentlich ein Bundesthema. Der Herr Ministerpräsident hat das jetzt entdeckt. Man könnte natürlich auch sagen, er versucht, sich hier ins Licht zu setzen; denn was sind 12 Millionen, die im Landeshaushalt für die Entwicklungshilfe in Afrika verankert sind? Was sind hierfür 12 Millionen? – Diese 12 Millionen werden zum Teil in Gauteng und in Westkap ausgegeben. Ich rede aus Erfahrung, weil ich gerade drei Wochen in Afrika unterwegs war und mit vielen Leuten gesprochen habe. In Südafrika ist im Moment gegen weiße Farmer, aber auch gegen die schwarzafrikanischen Gastarbeiter aus dem Kongo eine Pogromstimmung im Gange

(Beifall bei der AfD)